

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

26.1.1906 (No. 28)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 26. Januar.

No. 28.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Pettzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1906.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für die Monate

Februar und März

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Ämtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 8. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Karl Lulay in Heidelberg die silberne Rettungsmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 13. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Fabrikanten Karl Wenzinger in Mannheim das Ritterkreuz zweiter Klasse des höchsten Ordens vom Zähringer Löwen zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 11. Januar d. J. gnädigst geruht, dem Privatdozenten der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg, Dr. Hermann Stendel aus Stade, den Titel außerordentlicher Professor zu verleihen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern wurde dem Aktuar Karl Hermann beim Bezirksamt Wolfach eine etatmäßige Amtsrevidentenstelle übertragen.

Nicht-Ämtlicher Teil.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 24. Januar.

Abg. Dr. Bahem (Zentr.), fortfahrend: Wir verlangen eine rein staatsbürgerliche Toleranz in einem dem modernen Kulturverhältnisse entsprechenden Umfange. Man hält uns immer die Inquisition und die Kezzerverbrennung vor. Letztere erfolgte stets nur auf Grund staatlicher Gesetze und waren eine Einrichtung der katholischen Kirche. Wie das Mittelalter selbst nicht wiederkehrt, wird auch diese Geistesrichtung nicht wiederkehren. Andererseits bestand der englische Blutcode gegen die Katholiken bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Unser Antrag wird auch den Protestanten nützen. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. David (Soz.): Wir sind geneigt, dem Antrage zuzustimmen, eventuell auch ohne Kommissionsberatung, haben aber einzelne Bedenken. Im Vorjahre gestaltete die Kommission den § 4 so, daß kein Kind ohne ausdrücklichen Willen der Erziehungsberechtigten zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden kann. Dadurch wurden nicht nur die Dissidenten geschützt, sondern auch die Eltern, die einer Religionsgemeinschaft angehören, aber ihre Kinder von dem Religionsunterricht fern halten wollen, da der Religionsunterricht, wie er heute in den Schulen betrieben wird, eine Quälerei ist. Der jetzige Zentrumsantrag verbietet nur den Zwang der Teilnahme am Religionsunterricht, welcher der religiösen Überzeugung der Erziehungsberechtigten nicht entspricht. Diese Fassung schützt bloß noch die Dissidenten, nicht aber die Eltern, welche, um eine schwere wirtschaftliche Schädigung zu vermeiden, das formelle Band zwischen sich und der Kirche nicht lösen können. Wir verlangen daher Wiederherstellung der früheren Kommissionsfassung. Wir haben ferner Bedenken gegen den § 12 des Antrags, wonach religiöse Genossenschaften usw. keinerlei Genehmigung bedürfen. Wir haben den Verdacht, dies soll zur Gründung von Priesterseminaren benützt werden, wir gehen aber nicht auf den Veim. Wir sind ferner für die Trennung von Kirche und Staat, aber für Staatskirchen. Die Konfessionschule ist die Pflanzstätte aller Intoleranz. (Lebhafte Widerspruch im Zentrum und rechts.) Daß das Zentrum nicht mehr die Inquisition will, ist nicht sein Verdienst, sondern das Verdienst der von ihm geschmähten Wissenschaft. Aber eine Intoleranz schismatischer Art ist es, daß das Zentrum feinerzeit bei der Beratung der Umsturzvorlage Gefängnisstrafe, Geldstrafen für jeden verlangte, der öffentlich das Dasein Gottes und die Unsterblichkeit leugnet. Uebrigens, wenn der Bundesrat dem Willen der Reichstagsmehrheit nicht zustimmt, warum verweigert das Zentrum nicht das Budget oder die Ministergehälter? (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky erklärt, der Abg. Bahem frage, warum in der letzten Nachweisung der Bundesratsentscheidungen auf die Reichstagsbeschlüsse nicht ausdrücklich ist, was aus dem Toleranzantrage von 1902 geworden ist. Der Bundesrat teilte im Januar dem Reichstage mit, daß er sich darüber noch nicht schlüssig gemacht habe. Aus den steten Veränderungen, welche der Antrag im letzten und jetzigen Reichstage durchgemacht hat, erhellt, daß die Auffassung, welche die Kommission und die Antragsteller bei der Beratung des ersten Entwurfs gehabt und die Auffassung des Hauses sich geändert haben, also eine wesentliche Verschiebung des Inhaltes des gesamten Antrages eingetreten ist. Nachdem der

Bundesrat sich bisher nicht schlüssig geworden ist und dies dem Hause mitgeteilt hat, lag für ihn nach der bisherigen Praxis keine Veranlassung vor, eine neue Erklärung abzugeben. Das geschieht doch nur, wenn eine Aenderung in der zuletzt mitgeteilten Auffassung des Bundesrates eingetreten ist. Der Bundesrat konnte auch wohl kaum über den von letzten Reichstage angenommenen Antrage sich schlüssig machen, nachdem der jetzige Reichstag ihn durch einen neuen Antrag ersetzte. Daran folgt keineswegs, daß der Bundesrat die Sache aus dem Auge gelassen hat und sich nicht noch entschließen wird. Es handelt sich um kein Versehen und um keine unfreundliche Handhabung der Geschäfte seitens des Bundesrates, sondern nur um die Befolgung der bisherigen Praxis.

Abg. Heil zu Herrnsheim (nat.-lib.) erklärt: Die Nationalliberalen sind gegen den Antrag. Der Antrag würde die nach schweren Kämpfen erungene Kirchenhoheit und Schulhoheit des Staates beseitigen. Wir hoffen jedoch auf eine Beseitigung der in den Bundesstaaten noch vorhandenen Mißstände. Die Nationalliberalen sind auch gegen eine Kommissionsberatung.

Abg. Henning (kons.) führt aus: Die Konservativen können, zumal in den heutigen Zeiten, nicht die Hand bieten zu einer teilweisen Zertrümmerung der staatlichen Ordnung, welche in der Aufgabe der historisch erwachsenen Kirchenhoheit des Staates läge. Auch widersprechen wir einer Aufhebung der bundesstaatlichen Rechte durch Reichsgesetze.

Abg. Müller-Meinungen (frei. Vp.) erklärt: Wir stehen dem ersten Teil des Antrages sympathisch gegenüber, lehnen aber einen Teil des zweiten Teil ab. Ich fürchte das Zentrum am meisten, wenn es im Dulbertone spricht. Die vom Zentrum verlangte Freiheit würde zur ärgsten Intoleranz zu politischen Zwecken führen. Eine derartige Verblendung verurteile ich auch schärfstens, wo sie auf evangelischer Seite vorkommt. Das Zentrum benutzt die Kanzel zu politischen Kämpfen. (Der Abg. Osel ruft dazwischen: Das machen die Protestanten genau so.) Redner (fortfahrend): Ist es eine Sünde, eine andere als eine abgestempelt kirchliche Zeitung zu lesen, oder gar auszutragen, wie es in Bayern hingestellt wurde? (Zwischenrufe beim Zentrum.) In Erfingen wurde einem Manne aus einem solchen Grunde die Sakramente verweigert. (Fortgesetzte Unruhe im Zentrum.) Wir ist auch die Stellung der Sozialdemokratie unverständlich. Die französischen Genossen würden über diese Haltung erstaunt sein. Die Schule würde sich bei einer Trennung von Kirche und Staat am wohlsten fühlen.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) Wir wünschen schnellste Beseitigung der gerügten Mißstände, legen aber die schwersten Bedenken gegen eine Entlastung der Landesrechte.

Abg. Schrader (frei. Vg.) Der erste Teil des Antrages enthält Forderungen, die jeder Liberale unterstützen kann. Der zweite Teil ist sehr bedenklich. Man kann nicht in wenig Paragraphen ein neues Kirchenrecht statuieren.

Abg. Almenthal (Südd. Volksp.) Das richtigste in der nachstehenden Rede ist die Einleitung. Der Antrag sollte die Lebensfrist tragen: Neuordnung des staatskirchlichen Konfessionswesens. (Heiterkeit.) Mit einigen Forderungen, beispielsweise Freiheit der Religionsübung, bin ich einverstanden. Offenlich trägt die heutige Debatte dazu bei, das Publikum über die wahren Ansichten des Zentrums aufzuklären. Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Dr. David und Heil zu Herrnsheim wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Außerdem kleinere Vorlagen. — Schluß halb 7 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 25. Januar.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs, betreffend die Statistik des Warenverkehrs.

Auf eine Anfrage des Abg. Osel erklärt Unterstaatssekretär Bermuth, das Ausstellungsamt, die nach Schluß einer Ausstellung in den freien Verkehr treten, ebenso behandelt werden, wie andere Güter.

Das Haus nimmt darauf die Vorlage endgültig an, ebenso debattelos die Vorlage, betreffend die Bestimmungen über die Einfuhrzölle im Zollverkehr und setzt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die Maß- und Gewichtsordnung fort.

* Berlin, 25. Jan. Die Steuerkommission des Reichstages setzte gestern die Beratung des Brauereigesetzes fort. Ein Antrag Speck (Zentr.) für die Staffellung wurde mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen. Die Weiterberatung findet heute statt.

* Berlin, 25. Jan. Die Steuerkommission des Reichstages beriet heute zunächst die Paragraphen des Brauereigesetzes, wonach die Verwendung von Surrogaten verboten werden soll, ausgenommen für die Verfertigung von nachweislich zur Ausfuhr bestimmten Bierem und für besondere Biere. Vom Abg. Speck (Zentr.) liegt ein Antrag vor, in Absatz 1 anstatt „auch Verwendung von anderem Maß, sowie von technisch reinem Zucker aller Art (von Stärke, Trauben- usw. Zucker) ist bei obergärigen Bier zulässig“ zu setzen: „von technisch reinem Rohr-, Rüben- oder Ingwerzucker, sowie von Stärkezucker und aus Zucker hergestellten Fermentmitteln.“

* Berlin, 25. Jan. Die Budgetkommission des Reichstages setzte gestern die Beratung des Invalidenfonds fort. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtens Frhr. v. Stengel erklärt, eine Ermäßigung über die Vorschläge, den Kriegsfonds betreffend, werde stattfinden, er glaube aber nicht, daß eine Aenderung erfolgen werde. Nachdem der Abg. Arendt (Sp.)

noch als einzige und beste Hilfe für den Invalidenfonds die Wehrsteuer befürwortet hat, wird das Gesetz betreffend die Stärkung des Invalidenfonds angenommen und der Etat des Invalidenfonds genehmigt. Die Subkommission bewilligt im weiteren Verlaufe der Sitzung den Etat des Reichsschatzamtens bei dessen Titel 8, der eine Erhöhung des Fonds zu Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer aus den Jahren 1870/71 von 14 auf 16 Millionen Mark vorsieht. Erzberger (Zentr.) regt die Einbringung eines Nachtragssetats zur Erhöhung des Fonds für Kriegsteilnehmer an, um alle anerkannten Bedürfnisse zu befriedigen. Graf Oriolo beantragt Vorlegung eines solchen Nachtragssetats, worauf Staatssekretär Frhr. von Stengel erklärt, er stehe dem Antrag sympathisch gegenüber. Der Antrag Oriolo wird einstimmig angenommen, worauf sich die Kommission bis heute vertagt.

Die Erkrankung des Großherzogs von Luxemburg.

(Telegramme.)

* Schloß Hohenburg, 24. Jan. Ueber das Befinden des Großherzogs von Luxemburg wurde heute folgendes Bulletin ausgegeben: Seine Königliche Hoheit hat die ganze Nacht ruhig geschlafen. Derzeitigkeit gut. Nahrungsaufnahme genügend.

* München, 25. Jan. Das Großh. Luxemburgische Hofmarschallamt gibt bekannt: Unter Bezugnahme auf einen Artikel der „Münch. Neuest. Nachr.“, wonach die Erkrankung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Luxemburg durch Impfung mit verdorbener Lymphe hervorgerufen worden sei, sehen wir uns zu folgender offiziellen Erklärung veranlaßt. Am 5. Januar wurden außer dem Großherzog mit der gleichen Lymphe geimpft die Großherzogin und etwa neun Personen des Hofstaats. Bei allen nahm der Impfprozeß einen durchaus normalen Verlauf. Bei drei anderen mit anderer Lymphe in einem späteren Termin geimpften Personen trat eine leichte Entzündung am geimpften Arme auf, welche in 2 bis 3 Tagen behoben war. Es steht daher mit absoluter Sicherheit fest, daß die Lymphe, mit welcher der Großherzog geimpft wurde, in keiner Weise verdorben gewesen sein kann. Wenn auch das anfängliche leichte Unbehagen des Großherzogs ärztlicherseits als mit der Lymphe möglicherweise zusammenhängend betrachtet wurde, zeigte der spätere Verlauf der Krankheit zweifellos, daß dieselbe nicht auf den Impfprozeß zurückgeführt werden kann.

Die Entwicklung des Kiautschougebietes.

(Telegramm.)

* Berlin, 24. Jan. Dem Reichstage ging die alljährliche Denkschrift über die Entwicklung des deutschen Kiautschougebietes zu. Trotzdem sich die Einwirkungen des russisch-japanischen Krieges im größten Teile des Berichtsjahres auch in der deutschen Kolonie für Handel und Schiffahrt noch geltend machten, weist die Kolonie auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens erfreuliche Fortschritte auf. Die Einnahmen stiegen von 501 946 auf 1 001 170 M. Der Schiffsverkehr wuchs von 337 auf 413 Schiffe mit 420 517 Registertons an. Auf der Schantungbahn steigerte sich der Verkehr von 195 905 auf 780 228 Personen und von 125 303 auf 279 740 Tonnen Frachtgüter. Die Einkünfte des chinesischen Zollamtes Tjingtau vermehrten sich von 618 000 auf 796 000 Dollar. Der Wert des Durchgangshandels betrug 32 423 596 Dollars gegen 24 861 262 Dollars im Vorjahre. Den Bedürfnissen des wachsenden Handels entsprechend wurde die Angliederung des deutschen Kiautschougebietes an das chinesische Zollgebiet zum 1. Januar 1906 vereinbart. Von der neuen Regelung des Zollwesens wird eine Erleichterung des Handelsverkehrs, namentlich ein Aufschwung der industriellen Entwicklung der Kolonie erwartet. Das Freihafengebiet, welches bisher das ganze Schutzgebiet umfaßte, wurde auf den Hafen selbst und das anstößende Gelände beschränkt. Als Ersatz für die Maßregeln aus dem Zollanschlusse führt das chinesische Zollamt jährlich 20 Proz. der Einnahmen aus den Einfuhrzöllen an das Gouvernement ab. Die Gesundheitsverhältnisse sind die besten an der ganzen ostasiatischen Küste. Infolge der zunehmenden Bedeutung Tjingtaus als Hafenplatz wurde eine einheitliche, die gesamte Kaufmannschaft umfassende Handelskammer gebildet. Die Nachfrage nach Land war lebhaft, die private Bautätigkeit regte. Ein großes, Schiffe bis 16 000 Tons aufnehmendes Schwimmdock wurde bereits in Benutzung genommen. Ein großer Kran von 150 Tons Tragfähigkeit wurde aufgestellt. Zum ersten Mal wurden Schantunglohlen in größeren Mengen nach Nishiu, Tientjin, Shanghai und Hongkong ausgeführt. Die Denkschrift macht ferner Mitteilungen über die mit den Laienbehörden des Gerichtes des Schutzgebietes in Zivil- und Strafsachen gemachten Erfahrungen, die als durchaus günstig bezeichnet werden. An der deutschen Gouvernementskanzlei wurde der Lehrplan des Reformgymnasiums eingeführt.

Die Unruhen in den Kolonien.

(Telegramm.)

* Berlin, 25. Jan. Amtlich wird aus Deutsch-Südwestafrika gemeldet: Wie neulich gemeldet, hatte sich Cornelius, der seit Dezember im Tirasgebirge sitzt, dem ihm drohenden Angriff des Leutnants v. Craiß

heim zu entziehen gewußt und am 13. Januar einen Vorposten bei Umub, nördlich von Bethanien, überfallen. Die in Bethanien stehende 5. Kompanie des Feldregiments 2 unter Oberleutnant v. Wittenburg nahm ihm damals den größten Teil des Viehs wieder ab und verfolgte ihn in der Richtung auf Geimusis. Die Abteilung des Leutnants v. Graißheim und ein Teil der 4. Kompanie des Feldregiments 2 unter Leutnant Fehr v. Stein schlossen sich ihr unterwegs an. Am 19. Januar, früh, gelang es, den Gegner in den Tirasbergen in der Gegend von Aribamjas zum Kampfe zu stellen. Er führte über 100 Gewehre und war außerdem von zahlreichen nicht mit Gewehren ausgerüsteten Kriegern begleitet. Nach dreistündigem Gefecht wurde Cornelius in die Flucht geschlagen. Er ließ 12 tote Sottentotten und Hereros, darunter einen Hereroskapitän auf dem Platze. Eine Anzahl Gewehre und Großvieh wurde erbeutet. Auf deutscher Seite sind 3 Mann gefallen und 3 verwundet worden. Der geschlagene Gegner floh in nordwestlicher Richtung und wurde durch die 5. Kompanie des Feldregiments 2 bis Korais verfolgt.

Aus Oesterreich-Ungarn.

(Telegramme.)

* Wien, 24. Jan. Die „Neue Fr. Pr.“ meldet: Der Versuch des Ministerpräsidenten Gautsich, das Kabinett durch Heranziehung Derzhavets und Pacaks als Minister ohne Portfeuille zu ergänzen, muß als gescheitert betrachtet werden, da die tschechischen Bedingungen für den Eintritt Pacaks hielten, die im Hinblick auf den Widerstand der Deutschen nicht erfüllt werden können.

* Wien, 25. Jan. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Graf Julius Andrássy ist von Seiner Majestät dem Kaiser hierher berufen worden und wird voraussichtlich heute in Audienz empfangen werden.

* Budapest, 24. Jan. Oberstadthauptmann Rudnay hat sein Demissionsgesuch zurückgezogen.

* Triest, 25. Jan. In einer Versammlung der in passiver Resistenz befindlichen Arbeiter der Südbahn wurde beschlossen, heute früh die Arbeit wieder unbeschränkt aufzunehmen.

Aus dem französischen Parlament.

(Telegramme.)

* Paris, 24. Jan. Die Deputiertenkammer setzte die Beratung des Budgets des Innern fort. Lurier (Soz.) verlangte die Freisetzung des Kredites für die geheimen Fonds. Ministerpräsident Rouvier forderte die Bewilligung dieses Kredites, welche stets ein Vertrauensvotum bedeuten würde. Wenn die Regierung nicht das Vertrauen der Kammer besitze, würde sie zurücktreten. Der Kredit wurde hierauf mit 341 gegen 138 Stimmen bewilligt. — Die Deputiertenkammer nahm in fortgesetzter Beratung der Arbeiterversicherung den ganzen Artikel an, welcher die Beschaffung der Geldmittel für die Pensionierung behandelt.

* Paris, 25. Jan. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der Senator Clemenceau eine neue Gruppe bilden werde. Der „Figaro“ will wissen, daß die Gruppe Clemenceaus eine Politik verfolgen werde, die sich von der unter Führung Combes stehenden demokratischen Linken in manchen Punkten unterscheiden werde. Die Presse behauptet, die Clemenceau jüngst mit Jaurès und Hervé geführt hat, lasse vermuten, daß er jede Gemeinlichkeit mit dem international gefärbten äußersten Flügel des Combesischen Blochs abschütteln werde.

Die Wahlen in England.

(Telegramme.)

* London, 25. Jan. Nach den bis gestern Abend vorliegenden Wahlergebnissen sind gewählt 316 Liberale, 39 Arbeitervertreter, 135 Unionisten, 81 Nationalisten. Die Liberalen gewinnen bis jetzt 159, die Arbeiter 32, die Unionisten 10 Sitze.

* London, 24. Jan. Bei der Wahl im Midlothian siegte Lord Dalmeny (Liberal), Sohn Lord Rosebergs, mit 8348 Stimmen über den Unionisten Iffler, der 5131 Stimmen erhielt.

Die serbisch-bulgarische Zollunion.

(Telegramme.)

* Sofia, 24. Jan. Nach wiederholten fruchtlosen mündlichen Versuchen überreichte der türkische Kommissar, Sadik Pascha, der bulgarischen Regierung eine Note der Pforte, in der unter dem Hinweis auf das 1904 abgeschlossene türkisch-bulgarische Abkommen das Befremden darüber ausgedrückt wird, daß die bulgarische Regierung einen Unionsvertrag mit Serbien ohne vorherige Verständigung der Pforte abgeschlossen hat. Die bulgarische Regierung ist entschlossen, die Note unbeantwortet zu lassen.

* Konstantinopel, 24. Jan. Die letzten signifizierte, von bulgarischer Seite angeforderte und von türkischer Seite zugesagte Revision der türkisch-bulgarischen Handelskonvention von 1890 wurde wegen der bulgarisch-serbischen Zollunion fallen gelassen. Von türkischer Seite wird erklärt, daß, falls letztere zustande komme, bei dem Handelsvertrage aus Bulgarien nach der Türkei Ursprungszeugnisse geliefert werden müßten. Die Pforte richtete bezüglich des bulgarisch-serbischen Zollunionsvertrages ein Zirkular an ihre Botschaften, das auf den den künftigen Handelsvertrag betreffenden Artikel 17 des Zollunionsvertrages hinweist.

Die Marokko-Konferenz.

(Telegramme.)

* Algier, 24. Jan. Die Konferenz ist gestern vormittag 10 Uhr wieder zusammengetreten, um die Frage des Waffenstillstandes weiter zu beraten. — Zu Ehren des Namensstages des Königs von Spanien hatten die auf der Meeresküste liegenden Kriegsschiffe gestern Abend eine Illumination veranstaltet. — Die Vertreter der französischen Presse hatten

am gestrigen Abend zu Ehren ihrer spanischen Kollegen eine Gesellschaft veranstaltet, in der eine Anzahl Redner dem Wunsch Ausdruck gab, daß die Konferenz einen glücklichen Ausgang nehmen möge.

* Algier, 25. Jan. In der gestrigen Sitzung der Konferenz verlas zunächst der Herzog von Almodovar ein Telegramm Seiner Majestät der Königin, worin er der Konferenz für die telegraphischen Glückwünsche zu seinem Namensstag dankt und den Wunsch ausdrückt, Gott möge die Arbeiten der Konferenz fruchtbar werden lassen, so daß der Friede, die Wohlfahrt und der Fortschritt der Welt erhalten bleibe. Darauf wurde die französische Uebersetzung der vorgelesenen Rede von dem marokkanischen Vertreter gehaltenen Rede verlesen. Darnach betonte derselbe u. a., der Zweck der Konferenz sei die Beratung von Reformen in Marokko bei Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit in Marokko und der religiösen Gesetze und der einheimischen Sitten. Die Konferenz nahm sodann die fünf ersten Artikel des Reglements zur Unterdrückung des Waffenschmuggels in der von der Kommission berathenen neuen Fassung an und beriet die weiteren Artikel, die mit verschiedenen Abänderungen angenommen wurden. Der letzte Artikel bestimmt, daß die Anwendung des Reglements in den Grenzgebieten Algeriens ausschließlich Angelegenheit Frankreichs und Marokkos bleibe, während im Rif und den Grenzgebieten Spaniens die Anwendung des Reglements ausschließlich Angelegenheit Spaniens bleiben soll.

* Algier, 25. Jan. Artikel 3 und 4 des Reglements sind geteilt worden und heißen jetzt 3 bis 6. Sie wurden auch abgeändert, um die Bestimmungen genauer zu präzisieren und eine denbar zuverlässige Garantie zu schaffen. Artikel 14 (Artikel 12 des Hauptentwurfs) ist dahin abgeändert worden, daß die konfiszierten Waren nach 3 Tagen vernichtet werden sollen. Jedoch wollen die Marokkaner erst die Genehmigung des Maggazin einholen.

* Algier, 25. Jan. Heute nachmittag um 3 Uhr fand eine Kommissionsversammlung statt, in der bezüglich die Frage der Steuererträge in Angriff genommen wurde.

* Paris, 25. Jan. Der Gesandte Saint René Taillandier kehrt Anfang Februar auf seinen Posten, zunächst nach Tanger, zurück.

Zur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

* St. Petersburg, 25. Jan. Durch kaiserlichen Ukas vom 24. Dezember v. J., betreffend Abänderung des Wahlgesetzes, war eine Frist von drei Wochen zur Eintragung aller Wahlberechtigten angeordnet worden. Diese hat sich als nicht ausreichend erwiesen und ist nunmehr auf den 14. Februar verlängert worden.

* St. Petersburg, 25. Jan. Der Ministerrat sprach sich betreffend der Zugehörigkeit von Regierungsbeamten zu einer politischen Partei folgendermaßen aus: Den Beamten steht es frei, nach ihrer Ueberszeugung jeder politischen Partei anzugehören, mit Ausnahme der Amtspartei. Da ihre Pflicht darin besteht, ihre Arbeit gewissenhaft zu versehen, darf ihre politische Tätigkeit sie in keiner Weise an der Erfüllung dieser Pflicht hindern. Weiter von unabhängigen Lokals- oder Zentralverwaltungsorganen, denen die Beaufsichtigung der Leistungen von Subalternbeamten und die Entscheidung über die auf Grund vorbestimmter Prinzipien stattfindende Anteilnahme des Verwaltungspersonals an der Tätigkeit politischer Parteien obliegt, dürfen die Stellung von Führern, Vertretern oder Mitgliedern von Bureaus oder Komitees nicht bekleiden.

* Warschau, 25. Jan. Ein Arbeiter, der verdächtig war, der Polizei Dienste geleistet zu haben, wurde von den Genossen durch Schüsse verwundet und im Hospital durch Dolchstiche ermordet.

* Batum, 25. Jan. Der Eisenbahnverkehr ist wieder hergestellt.

* Jekust, 25. Jan. Die Station Zima war von Revolutionären besetzt worden. Eine dahin entsandte Truppenabteilung nahm die Hauptkämpfer fest, ausgenommen die eigentlichen Führer der revolutionären Partei, denen es gelungen war, zu entfliehen. Die Truppen stellten die Ordnung wieder her.

Die Vorgänge in den Disceprovinzen.

* St. Petersburg, 24. Jan. Nachrichten aus Livland zufolge hat ein Teil der dortigen Bevölkerung, eingeschüchtern durch das energische Vorgehen der Truppen, die Waffen niedergelegt und die Führer ausgeliefert. Die letzteren wurden erschossen; ein anderer Teil der Bevölkerung flüchtete in die Wälder. Am 22. Januar wurden in Fellin (Nordlivland) 45 im kriegsgerichtlichen Verfahren verurteilte Personen erschossen.

* Riga, 24. Jan. Gestern wurden im Zentrum der Stadt eine Patrouille mit Revolvergeschüssen angegriffen und zwei Soldaten verwundet. Bei der Moskauer Vorstadt wurde eine Polizeiabteilung, die einen Gefangen mit sich führte, angegriffen. Die Angreifer wurden zurückgeschlagen und suchten das Weite.

* Mitau, 24. Jan. Aufständische aus Livland überschritten die Düna und gelangten nach Tomsdorf, wo sie die Kasse der Verwaltung raubten und die amtlichen Schriftstücke verbrannten. Sie zerrissen ferner die Bilder des Kaisers und nahmen die Stempel der Verwaltung mit sich.

Groß Badische Gebäudeversicherungsanstalt.

** Zu der auf den 8. Januar anberaumten 15. Versammlung des erweiterten Verwaltungsrats der Gebäudeversicherungsanstalt haben sich eingefunden: die Mitglieder des engeren Verwaltungsrats, Geh. Oberregierungsrat Dr. Glöckner (Vorsitzender), Geh. Oberregierungsrat Nebe, Ministerialrat Stad, sowie als Vertreter der Gebäudebesitzer: Fabrikant Heinrich Blatter von Konstanz und Altbürgermeister Eduard Müller von Bellingen für den Kreis Konstanz; Altbürgermeister Heinrich Olander von Bellingen für den Kreis Bellingen; Kaufmann Josef Stadler von Fetschen für den Kreis Waldshut; Altbürgermeister Ernst Fünfgeld von Buggingen für den Kreis Brunnau; Fabrikant Karl Mez von Freiburg und Bürgermeister Georg Mapp von Elzach für den Kreis Freiburg; Gustav Kauf 1. und Fabrikant August Köhler von Oberkirch für den Kreis Oeffenau; Baunternehmer Karl Weis von Bühl und Kreissekretär Kaufsch von Baden für den Kreis Baden; Kommerzienrat A. Dürr von Karlsruhe und Direktor Wilhelm Hepp von Forstheim für den Kreis Karlsruhe; Stadtrat Konrad Ludwig Ammann von Heidelberg und Altkirchwart Karl Hoffmann von Waldangelloch für den Kreis Heidelberg; Baumeister August Schuster von Mannheim für den Kreis Mannheim; Bürgermeister Josef Schulz von Wallenberg für

den Kreis Mosbach. Der zweite Vertreter für den Kreis Mannheim, Bürgermeister Ding von Edingen, ist nicht erschienen. Zur Auskunftserteilung bei sich ergebenden technischen bzw. rechtlichen Fragen waren zugezogen Gebäudeversicherungsinspektor Munde und Rechnungsrat Wagner; als Protokollführer wohnte Resident Ziegler den Verhandlungen an. — Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und gebietet der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder des erweiterten Verwaltungsrats, der Herren Stadtrat Schöffel von Karlsruhe und Zimmermeister Ebert von Weinheim.

Nach Erörterung des Vorschlags der Anstalt für das Jahr 1906, der „Ergebnisse der Ermittlung des Umlagebedarfs für das Jahr 1905“ und der „Ergebnisse der Rechnungsablegung für das Jahr 1904“ (Ziffer 1—3 der Tagesordnung), woran sich außer den Vorsitzenden die Herren Dürr, Kaufsch, Schuster und Blatter beteiligten und wobei ein Antrag des Herrn Dürr, die Nebengebäude der Mitglieder des engeren Verwaltungsrats von 1200 bzw. 600 M. jährlich auf 1500 bzw. 1000 M. zu erhöhen, einstimmig angenommen wird, erachtet zu Ziffer 4 der Tagesordnung: „Berichtleistung auf Erhebung eines Negrekantrahes an Josef Brutsche Ehefrau in Rhina“ Ministerialrat Stad den einleitenden Vortrag. Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Falles ist der engere Verwaltungsrat geneigt, von der Geltendmachung des der Gebäudeversicherungsanstalt gesetzlich zustehenden Negrekantrahes aus Gründen der Billigkeit im Wege der Freigebührehandlung abzusehen, wozu die Zustimmung des erweiterten Verwaltungsrats beantragt wird. Der Antrag des engeren Verwaltungsrats wird sodann nach Befürwortung durch die Herren Blatter und Müller einstimmig angenommen.

Zu Ziffer 5 der Tagesordnung: „Berichtleistung auf Erhebung eines Negrekantrahes an Albert Biot Ehefrau in Redarbisshofheim“, erstattet Herr Geh. Oberregierungsrat Nebe den Bericht. Der engere Verwaltungsrat glaubt auch hier im Hinblick auf die obwaltenden Verhältnisse vorschlagen zu sollen, daß von dem der Gebäudeversicherungsanstalt gegenüber der Albert Biot Ehefrau gesetzlich zustehenden Rückgriffrecht kein Gebrauch zu machen sei und beantragt hierzu die Zustimmung des erweiterten Verwaltungsrats. Der Antrag des engeren Verwaltungsrats wird hierauf ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Als Ziffer 5a wurde nachträglich in die Tagesordnung eingefügt: „Berichtleistung auf Erhebung eines Negrekantrahes gegen Wilhelm Schmidt von Rudeburg“. Den einleitenden Vortrag erstattet Herr Ministerialrat Stad. Der Antrag geht dahin, von einer Negreklage auch in diesem Falle abzusehen. Nachdem sich noch der Vorsitzende zur Sache geäußert hatte, wird der hierauf gerichtete Antrag des engeren Verwaltungsrats mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Zu Ziffer 6 der Tagesordnung: „Die Bitte der Brandbeschädigten Eduard Eckert und Genossen in Gröviln um Erhöhung der zuerkannten Entschädigungen“, erstattet Herr Ministerialrat Stad den einleitenden Vortrag. In der Diskussion sprachen der Vorsitzende, die Herren Schuster, Blatter, Kaufsch und Ammann. Es wird dem Antrag auf ausnahmsweise Genehmigung der Bitte entsprochen.

Zu Ziffer 7 der Tagesordnung: „Die Auflösung der Kontrahenten-Gemeinde Kürnbach, hier die Uebernahme von Entschädigungskosten auf die Gebäudeversicherungsanstalt“, erstattet Herr Geh. Oberregierungsrat Nebe den einleitenden Vortrag. Der engere Verwaltungsrat ist der Ansicht, daß man mit Rücksicht auf die besonderen hier vorliegenden Verhältnisse der Gemeinde Kürnbach die Hälfte der außerordentlichen Aufwendungen, etwa den Betrag von 200 M., güttsweise ersehen sollte. Der Antrag wird hierauf ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Zu Ziffer 9 der Tagesordnung: „Entgegennahme von Wünschen und Anträgen“, welcher Gegenstand vorweg genommen wird, bringt der Vorsitzende das von dem Vertreter des Kreises Freiburg, Herrn Mez, unterm 1. d. M. an den engeren Verwaltungsrat gerichtete Schreiben, betreffend

die Verstaatlichung des Fahrnisversicherungswezens,

sowie eine von dem Genannten zur heutigen Sitzung übergebene, denselben Gegenstand betreffende Vorlesung zur Kenntnis der Versammlung. Der Antragsteller, Herr Mez, nimmt Bezug auf die Privatversicherungsunternehmen betreffender Ausführungen in der Denkschrift der Schwarzwalder Handelskammer vom Jahre 1902, über das Feuerversicherungswezen in Baden, die seinerzeit auch den Mitgliedern des erweiterten Verwaltungsrats übermittelte worden sei. Die damals geschilderten Verhältnisse seien seither nicht besser, sondern eher schlimmer geworden, wobei jetzt das Fahrnisversicherungswezen in Betracht komme. Die Privatgesellschaften hätten sich zu einem Ring zusammengesetzt, dem der Versicherungsnehmer auf Gnade und Ungnade überliefert sei. Ein Ende sei da gar nicht abzusehen, wenn man die Macht der Ringe und des Großkapitals ermesse. Bei jeder Privatgesellschaft bestimme man dieselben Bedingungen. Mit den kleinen Leuten werde aber seitens der Gesellschaften summatrischer verfahren. Der Stadtrat Freiburg habe schon im Jahre 1895 die Errichtung einer Gemeindefeuerversicherungsanstalt für Gebäude, Möbel- und Fahrnisversicherung ins Auge gefaßt und über diesen Gegenstand eine Vorlage an den Bürgerausschuß ausgearbeitet. Der Stadtrat wurde seines Wissens seinerzeit aus dem Grunde wieder zurückgezogen, weil die Privatversicherungsunternehmen die Rückversicherung einer Gemeindefeuerversicherungsanstalt durchweg abgelehnt hätten. Er glaube, daß es jetzt, nachdem die staatliche Gebäudeversicherung zur allgemeinen Befriedigung im Lande durchgeführt sei, an der Zeit wäre, der Frage der Errichtung von Gemeindefeuerversicherungsanstalten wieder näher zu treten. Er stelle sich die Sache etwa so vor, daß jede Gemeinde für sich die Fahrnisversicherung übernehme und der Staat bzw. die Gebäudeversicherungsanstalt als Rückversicherer eintreten solle. Ein Uebergang zur Teilnahme an diesen Gemeindefeuerversicherungsanstalten wäre vorerz nicht einzuführen. Wenn man bedenke, daß die Aktien der Privatgesellschaften zum großen Teile auf über 300 Proz. gestiegen und letztere in der Lage seien, Dividenden von 20—30 Proz. zu verteilen, so sei es klar, daß die Gemeinden und der Staat ein gutes Geschäft mit der Fahrnisversicherung machen könnten. Der Vorsitzende bemerkt, daß der vorwärtige Gegenstand an sich wohl auch im erweiterten Verwaltungsrat näher besprochen werden könne, obwohl sich die staatliche Gebäudeversicherungsanstalt nicht mit der Fahrnisversicherung zu beschäftigen habe. Die Sache sei auch schon in der Sitzung des erweiterten Verwaltungsrats vom Jahre 1899 zur Sprache gebracht worden, wo der Antrag Haas, soweit er sich auf die zwangsweise Versicherung der Fahrnisse bei der Staatsanstalt bezog, mit 9 von 17 Stimmen abgelehnt wurde. Der engere Verwaltungsrat habe damals Veranlassung genommen, sich über ähnliche Einrichtungen in anderen Staaten zu informieren. Durchgeführt sei die Zwangsversicherung in Deutschland nirgends, und von außerdeutschen Staaten sei ihm dies nur von einem Schweizer Kanton bekannt. Im Jahre 1898 sei im Kanton Zürich ein Gesetzentwurf über die zwangsweise Versicherung der Fahrnisse bei der kantonalen Brandversicherungsanstalt in der Volksabstimmung abgelehnt worden. Auch in verschiedenen anderen Schweizer Kantonen seien Anläufe in dieser Angelegenheit gemacht worden, die aber zu keinem Ergebnisse nicht geführt hätten. Nur im Kanton Waadt bestche schon längere

Zeit eine staatliche obligatorische Mobiliarversicherung, die aber nicht als verbindlich hingestellt werden könne, da es mit der Handhabung der gesetzlichen Vorschriften offenbar nicht zureichend genügen werde und deshalb die Einrichtung wohl streng nur auf dem Papier stehe. Von deutschen Staaten seien in Sachsen und Bayern schon in den parlamentarischen Körpern Anträge wegen Einführung einer Mobiliarversicherung für das Mobiliar herbeigeführt, aber ohne Erfolg. In Sachsen sei die Tendenz, die dem Antrage des Herrn Mez zu Grunde liege, die Mobiliarversicherung zu erleichtern und zu verbreiten, nur zu billigen. Eine freiwillige Versicherung der Mobiliarversicherung einzuführen, hätte aber wohl wenig Aussicht, insofern nur die schlechtesten Klassen dieser Mobiliarversicherung zufallen würden, abgesehen davon, daß nur die größeren Städte an ein solches Unternehmen herantreten könnten, während die Landorte nach wie vor den Privatgesellschaften überlassen werden müßten. Herr Müller äußert sich dahin, daß jedenfalls nur eine allgemeine staatliche Mobiliarversicherung ein schwerer Stand gegenüber den konkurrierenden Privatgesellschaften. Wenn nun die Staats- oder eine Gemeindefürsorge übernehmen würde, so ginge es da kaum besser. Andererseits bringe eine staatliche Mobiliarversicherung gewissermaßen große Schwierigkeiten mit sich. Es lasse sich nicht jeder gerne in seine häuslichen Verhältnisse hineinziehen. Die Frage sei an sich sehr wichtig und bedeutungsvoll, ob sich aber mit Staatshilfe eine Abheilung der besagten Mängel überhaupt lassen werde, sei doch sehr zweifelhaft. Herr Dürr bekennt sich als einen entschiedenen Gegner der Übernahme der Mobiliarversicherung durch den Staat oder die Gemeinden. Es sei zu bedenken, daß die im Lande vorhandenen Privatgesellschaften mit einem großen Personal arbeiten, das man nicht einfach beschaffungslos machen könne. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß eventuell das Reichsausschicksamt für das Privatversicherungswesen Mittel und Wege finden werde, den beabsichtigten Beschlüssen gegen die Geschäftsbearbeitung einzelner Privatversicherungsunternehmen abzuwehren. Herr Mez wünscht noch zu hören, ob nicht auch von anderen Privatgesellschaften über zu hohe Prämien und Inflation von Privatgesellschaften erhoben werden. Herr Schuster hat mit den Privatgesellschaften ganz gute Erfahrungen gemacht; die Prämienhöhen wollten aber oft in Schadensfällen mehr, als sie Schaden erlitten haben. Das Gebührensüßel, das der Staat übernommen habe, können jetzt für die städtischen Versicherer um 30 Proz. teurer zu stehen als früher bei den Privatgesellschaften. Die Vorteile der staatlichen Mobiliarversicherung seien also für die städtischen Eigentümer doch fragwürdig. Auch Herr Ammann verhält sich durchaus ablehnend zu der Sache. Herr Mez erklärt, seinen Antrag im Hinblick auf die erheblichen Bedenken vorläufig zurückziehen zu wollen. Er behalte sich vor, im Benehmen mit der Stadtverwaltung Freiburg weiteres Material zu sammeln, um später wieder auf den Gegenstand zurückzukommen.

Nachdem noch eine Anfrage des Herrn Künzle, der die Einführung von Gefahrenklassen bei der Versicherung der Gebäude anregt, vom Vorsitzenden beantwortet worden war, gelangt zur Erledigung Ziffer 8 der Tagesordnung: „Wahl von drei Mitgliedern des erweiterten Verwaltungsrats in den Verwaltungsrat der Landesfeuerwehr-Unterstützungsstelle“. Der Vorsitzende führt hierzu aus: Am 31. Dezember 1905 war die Einberufung der Gebäudeversicherungsanstalt und der im Großherzogtum arbeitenden Landesfeuerwehr-Unterstützungsstelle über die Errichtung einer Landesfeuerwehr-Unterstützungsstelle abgelaufen. In § 65 des neuen Gebäudeversicherungsgesetzes und § 12 des Mobiliarversicherungsgesetzes ist nun bestimmt, daß die Gebäudeversicherungsanstalt und die Privatgesellschaften durch landesherrliche Verordnung verpflichtet werden können, bestimmte jährliche Beiträge zum Zwecke der Förderung des Feuerlöschwesens und zur Unterstützung von Mitgliedern von Feuerwehren und sonstigen bei Hilfeleistung in Brandfällen verunglückten Personen oder ihrer Hinterbliebenen zu leisten. Auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen werden durch eine demnach zu veröffentliche landesherrliche Verordnung die Verhältnisse der Landesfeuerwehr-Unterstützungsstelle neu geregelt. Diese soll künftig den Charakter einer Anstalt des öffentlichen Rechts erhalten, zu der von der Gebäudeversicherungsanstalt und den Privatgesellschaften jährlich Beiträge von 1 Proz. der jährlichen Brutto-Prämieentnahme zu leisten sind. Entsprechend der Beteiligung der Gebäudeversicherungsanstalt an den Beiträgen soll dieselbe fünfzig und drei Vertreter in den Verwaltungsrat der Landesfeuerwehr-Unterstützungsstelle wählen, und zwar sollen drei Mitglieder des erweiterten Verwaltungsrats der Gebäudeversicherungsanstalt gewählt werden. Es werden hierauf durch Affirmation die Herren Wlatner-Konstanz, Sepp-Forsheim und Schuster-Mannheim als Vertreter des erweiterten Verwaltungsrats der Gebäudeversicherungsanstalt in den Verwaltungsrat der Landesfeuerwehr-Unterstützungsstelle gewählt. Weitere Wünsche und Anträge werden nicht vorgebracht, und es wird daher die Sitzung seitens des Vorsitzenden mit Worten des Dankes an die Mitglieder des erweiterten Verwaltungsrats für ihre rege Teilnahme an den Verhandlungen geschlossen.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 25. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute mittag 12 Uhr den Generaladjutanten General der Artillerie von Müller. Der General wird heute abend nach Berlin reisen, um seiner Majestät dem Kaiser ein Glückwunschschreiben Ihrer königlichen Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin zu Allerhöchstem Geburtstag zu überreichen.

Im Laufe des Nachmittags nahm Seine königliche Hoheit der Großherzog die üblichen Vorträge entgegen.

(Die Station Petershausen) wird am 1. Februar d. J. für den unbeschränkten Güterverkehr eröffnet.

(Erdbeben.) Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins zu Karlsruhe haben in der Zeit vom 6. bis 22. Januar 11 Erdbeben aufgezeichnet. Ganz besonders stark zeigt das Beben, welches am Mittag des 21. Januar eintrat. Es ist in den Aufzeichnungen der beiden Pendel eines Apparates stark ausgebildet, sein Beginn ist 14 Uhr 7 Min. erst gegen 17 Uhr tritt wieder Ruhe ein. Das letzte aufgezeichnete Beben fand am 22. Januar statt und ist von 11 Uhr 24 Min. bis nahezu 13 Uhr gut zu verfolgen. Alle Beben haben beinahe auf Greenwicher Zeit, die Zählung läuft von Mitternacht zu Mitternacht.

* Baden, 24. Jan. Zum Geburtsfest Seiner Majestät des Deutschen Kaisers veranstaltet das Städtische Kurkomitee am Freitag den 26. Januar im großen Saale des Konversationshauses ein Festkonzert, in welchem neben dem Städtischen Orchester die königl. bayerische Kammerfängerin Frau Hermine Vosselt aus München und der Klaviervirtuose Wilhelm Bachhaus aus Manchester mitwirken werden. Am Festtag selbst findet nachmittags 6 Uhr im „Hotel Petersburger Hof“ das übliche Festessen statt.

* Vom Oberland, 25. Jan. In Denzlingen ist ein Frauenverein gegründet worden, dem sofort die städtische Zahl von 102 Mitgliedern beitrug. Auf ein von der Präsidentin, Frau Pirrer Münch, an Ihre königliche Hoheit die Großherzogin gesandtes Telegramm ging folgende Erwiderung ein:

Sie haben mit mir der Mitteilung der Gründung eines aus zahlreichen Mitgliedern bestehenden Frauenvereins in Ihrer Gemeinde eine wahrhaft große Freude bereitet. Ich danke Ihnen auf das herzlichste dafür und begrüße den neuen Verein mit den aufrichtigsten Wünschen, daß Gottes Segen seine Tätigkeit auf dem Gebiete christlicher Nächstenliebe begleiten möge. Gott segne!

Großherzogin.

In Müllheim veranstaltet der Frauenverein unter der Leitung des Herrn Medizinalrat Dr. Barth wieder einen Krankenpflegertag. Die atmosphärische Wärme, welche noch vor wenigen Tagen bis zu 8 Grad Reaumur gestiegen war, ist seit gestern auf 6 und in der Frühe auf 7 Grad Reaumur Kälte herabgegangen. Auf den Höhen des Schwarzwaldes ist reichlicher Schneefall eingetreten, der zum Skisport ausgiebige Gelegenheit bietet.

* Kleine Nachrichten aus Baden. Hotelbesitzer Gabler in Baden-Baden kaufte das Hotel „Europäischer Hof“ in Heidelberg um 110 000 M. — Die aus Achern berichtet wird, ist dort der Karlsruher Bauführer Götz, der die Arbeiten zu einer Dampfheizung leitete, tödlich verunglückt. Der Verstorbene erreichte ein Alter von nur 28 Jahren und war verheiratet. — Aus der Zeit der Befreiungskriege befinden sich im Großherzogtum Baden eine ganze Anzahl von Gräbern, in denen Angehörige der verbündeten Armeen von 1813/15 begraben sind. Es sind dies weniger im offenen Kampf gefallene, sondern meist solche Soldaten, die auf dem Rückmarsch aus Frankreich in den in Baden errichteten Lazaretten untergebracht und dort ihren Wunden und dem Lazarettsieber erlagen. Eines der größten Gräber dieser Art befindet sich, wie wenig bekannt, etwa eine Stunde von der alten Markgrafenschaft Emmendingen i. B., unweit den Leberweiden der ehemaligen Fitzerzisterzierebene, in deren umfangreichen Gebäulichkeiten damals ein Lazarett eingerichtet war. Auf einem idyllischen Platz im Walde liegen nicht weniger als 1500 bayerische und österreichische Soldaten und in der Mitte des Platzes erhebt sich eine Steinpyramide, an welcher eine Inschrift dem Wanderer in schlichten Worten von den Toten erzählt. Der Kriegerverein Emmendingen beabsichtigt nun zu der in wenigen Jahren bevorstehenden Jahrhundertfeier jener denkwürdigen Zeit, in der Deutschland sich in heldenhaftem Ringen von fremdem Joch befreite, der treuen Toten bei Emmendingen in ehrender Weise zu gedenken. Mit Hilfe der Militärvereine des ganzen Landes soll diese Grabstätte in würdiger Weise hergerichtet werden. Die Steinpyramide soll aus Fichtenzweigen erhalten bleiben. — Zur Anzeige gelangt in Konstanz ein 13jähriger Knabe wegen Verjüchens eines Sittlichkeitsverbrechens und zwei Brüder, 13 und 15 Jahre alt, wegen Unterschlagung, Betrug und Urkundenfälschung.

* Karlsruhe, 25. Jan. 15. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 26. Januar 1906, vormittags 10 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann Beantwortung der Interpellation der Abg. Bechtold und Gen., die Fleischsteuerung betr. — Drucksache Nr. 21.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Potsdam, 25. Jan. Seine Majestät der Kaiser besichtigte heute vormittag 10 Uhr die Leibkompanie und die 5. Kompanie des 1. Garde-Regiments zu Fuß. In der ersteren ist Prinz August Wilhelm Leutnant, in der letzteren Prinz Eitel Friedrich Hauptmann. Sodann fand Parademarsch des ganzen Regiments statt. Nachher nahm der Kaiser an dem Frühstück des Offizierskorps teil.

* Berlin, 25. Jan. Gestern abend hielten die Majestäten im Ritteraal des Schlosses Defiliercour für die Herrn von Wittlich ab. Anwesend waren die Prinzen und Prinzessinnen, die Hofdamen, Umgebungen und Gefolge. Zuerst defilierten die Generale, dann die Admirale und dann das Offizierskorps.

* Hamburg, 25. Jan. Bei der gestern fortgesetzten Beratung der Wahlvorlage im Sitzung der Bürgererschaft kamen die Vorfälle vom letzten Mittwoch zur Sprache. Vom Senat ist es wurde unter lebhaftem Beifall des Hauses betont, daß allein diejenigen Männer die volle Verantwortung treffen, welche die Massen nach der Umgebung des Rathhauses dirigierten, woraus sich dann die beklagenswerten Straßkrawalle ergaben. Die Massenunordnungen der kontraktlich gewordenen Arbeiter an Mathausen seien geradezu eine Verleumdung der Mitglieder der Bürgererschaft. Für das unsichtige und energielose Eingreifen der Polizei gebührt ihr der Dank der gesamten Bevölkerung Hamburgs.

* Hamburg, 25. Jan. Bei der Bürgererschaft ist folgender von 39 Mitgliedern unterzeichneter Antrag eingegangen. In der Nacht vom 17. zum 18. Januar sind bei dem Volksaufmarsch am Fischmarkt und den angrenzenden Straßen Klünderungen von Läden und Verlegung des Privateigentums gänzlich unbestimmter Personen in freibewährter Weise verübt worden. Die Bürgererschaft ersucht den Senat, in Anbetracht der Ursache und der Begleitumstände den Geschädigten nach Feststellung und Unterbindung des Schadens Ersatz aus Staatsmitteln zu gewähren.

* Hamburg, 25. Jan. Wegen Teilnahme an den Demonstrationen und den Klünderungen von Läden wurden insgesamt 65 Personen verhaftet.

* Brüssel, 25. Jan. Das Abgeordnetenhaus hat gestern die Antwerpener Kreditvorlage mit 82 gegen 77 Stimmen angenommen.

* Brüssel, 25. Jan. Kardinal Erzbischof von Mecheln, Gossens, ist in vergangener Nacht gestorben.

* Madrid, 25. Jan. Seine Majestät der König hat sich nach Biarritz begeben. Die Königin wird am Sonntag dort die Prinzessin von Vattenberg empfangen und den Besuch derselben in Biarritz erwidern.

* Konstantinopel, 24. Jan. Gestern wurde hier mit Creuzot der Vertrag wegen Lieferung von neun Küstenartillerie-

schiffen und eines Kanonenbootes für 295 000 Pfund unterzeichnet.

* Kanea, 24. Jan. Der italienische Generalkonsul verlangte für die Familie des neulich ermordeten italienischen Soldaten Entschädigung und forderte Verhaftung der Schuldigen, sowie eine amtliche Stundgebung des Verdauens über den Vorfall. Da die türkische Regierung die Entschädigung nicht bewilligte, ließ der italienische Generalkonsul auf Befehl seiner Regierung die Polizeimahnahmen im Bereich der italienischen Sphäre mit Beschlag belegen.

* Athen, 25. Jan. Die griechische Presse teilt einstimmig das Verhalten des italienischen Generalkonsuls in Kanea und behauptet, er trage die Schuld an den Unruhen, die in dem italienischen Leberwachungsgebiet auf Kreta vorgekommen sind, während doch die Wahlen in den anderen Leberwachungsgebieten sich in Ruhe vollzogen hätten. Zwei Kreter seien durch italienische Soldaten getötet und 15 verwundet worden und erst dadurch sei es gekommen, daß ein zum Schutze der Wahlurnen kommandierter Soldat ermordet wurde. In ganz Kreta sind, wie die Blätter melden, 48 regierungsfreundliche und 25 oppositionelle Ortsvorsteher gewählt worden.

* Washington, 24. Jan. Senator Lodge, Mitglied des Senatsausschusses für die auswärtigen Beziehungen, äußerte sich heute mit Bezug auf die Monroe Doktrin, die Vereinigten Staaten dürften einer fremden Macht auch eine zeitweilige Besetzung von Gebieten in amerikanischen Kontinent nicht gestatten und dürften nicht zulassen, daß eine fremde Macht von solchen Häfen des karaischen Meeres Besitz ergreife, die die Zugänge zum Panamakanal schützen.

Verschiedenes.

* Berlin, 25. Jan. Seine Majestät der Kaiser sandte gestern seinen Flügeladjutanten v. Chelius zu dem brasilianischen Gesandten mit dem Auftrage, dem Gesandten die Teilnahme des Kaisers an der Katastrophe der „Quidaban“ auszubilden und ihn zu bitten, diese Stundgebung auch dem Präsidenten der Republik Brasilien zu übermitteln.

* Berlin, 24. Jan. Die in der königlichen Nationalgalerie veranstaltete Jahrhundertausstellung wurde heute durch den Kronprinzen feierlich eröffnet.

* Berlin, 25. Jan. Durch die Erschütterung bei den Schießübungen mit den großen Küstengeschützen erfolgte auf Helgoland ein Felssturz.

* Hamburg, 25. Jan. Der Senat hat bei der Bürgererschaft beantragt, sie möge ihre Zustimmung dazu geben, daß aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars zur Unterstützung bedürftiger hier ansässiger Kriegsveteranen und ihrer Hinterbliebenen der Betrag von 200 000 M. bewilligt werde mit der Maßgabe, daß der Betrag je zur Hälfte der Stiftung für Unterstützung bedürftiger Hamburger Veteranen von 1870/71 und dem Hamburger Kriegerverbande überwiesen werden.

* Lübeck, 24. Jan. Der Senat hat bei der Bürgererschaft beantragt, anlässlich der silbernen Hochzeit des Kaisers 30 000 M. für die Errichtung eines eigenen Heims für Geisteschwache auszugeben. Der Bürgerausschuß hat den Antrag bereits befürwortet.

* München-Gladbach, 24. Jan. Die Stadtverordneten beschlossen in ihrer heute abend stattgehabten Sitzung aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars für den bereits bestehenden Unterstützungsfonds für invalide städtische Arbeiter und Angestellte 30 000 M. zu stiften.

* Bittau, 25. Jan. Der hiesige 60jährige Oberlehrer Ludwig, der Kassier der Hilfsklasse der Lehrerschaft war, wurde wegen Verdachts der Unterschlagung von 24 000 Mark verhaftet.

* Pirmaisens, 24. Jan. In der letzten Nacht wurde die Schiffsfabrik von Georg Ves nebst großen Bauwerkstätten und Wohnhaus durch Feuer vollständig zerstört.

* Bregenz, 25. Jan. Der erste normale Wagnis der Simplonbahn fuhr heute früh 8 Uhr 46 Min. von Bregenz ab und erreichte 9 Uhr 33 Min. die Südstation Melle. Der Zug bestand aus Lokomotive und vier Wagen. Die Fahrt vollzog sich ohne Zwischenfall bei angenehmen Temperaturverhältnissen.

* Brüssel, 25. Jan. In der Nachahnglegenheit der verstorbenen Königin der Belgier hat der Kassationshof die Berufung der Prinzessin Stefanie und Genossen abgelehnt und endgültig die von dem gegnerischen Anwalt aufgestellten Thesen angenommen.

* San, 24. Jan. Der spanische Luftschiffer Duro, der Montag nachmittag hier mit seinem Ballon aufgestiegen war, um die Pyrenäen zu überfliegen, landete gestern früh um 6 Uhr in Guadix (Provinz Granada).

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 26. Jan. Abt. B. 37. Ab. Vorst. „Der Verschwendter“, Originalzaubermärchen in 3 Akten von Ferdinand Rimond, Musik von Kreutzer. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrologie vom 25. Januar 1906.

Ueber dem nordwestlichen Meer ist eine tiefe weit nach Süden hin ausgebreitete Depression erschienen und hat den hohen Druck, der gestern noch Mitteleuropa bedeckte, nach dem Innern Auflands verdrängt. Am Morgen herrschte im Binnenland noch bei vorwiegend betterem Himmel strenger Frost, im Nordseegebiet wehten stürmische Südwestwinde. Wärmeres und bewölteres Wetter mit Niederschlägen ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 25. Januar 1906, früh.

Lugano wolkenlos -7 Grad; Biarritz wolkenlos -1 Grad; Nizza wolkenlos -1 Grad; Triest bedeckt -3 Grad; Florenz wolkenlos -1 Grad; Rom wolkenlos 0 Grad; Cagliari heiter 5 Grad; Windisch bedeckt 5 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. in mm	Feuchth. in mm	Wind	Himmel
24. Nachts 9 ^u 11.	761.0	-6.3	2.2	79	NE	heiter
25. Morgs. 7 ^u 11.	757.1	-8.5	2.0	85	SW	„
25. Mittags. 2 ^u 11.	753.7	-2.9	2.3	61	„	bedeckt

Höchste Temperatur am 24. Januar -2.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht -10.5.

Niederschlagsmenge des 24. Januar: 0.0 mm. Schneehöhe: 1.0 cm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 25. Januar: 3.54 m, gefallen 15 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe. Druck und Verlag:

G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

